Pressemitteilung

Ansbach, 20. Juli 2009

Schallschutzfenster schützen den Lärm, nicht die Bürger – Kritik am bisherigen Vorgehen:

„Stadtratsbeschluss zum Schutz vor Hubschrauberlärm muss schneller umgesetzt werden!“

Gemeinsame Anstrengungen aller politischen Kräfte nötig – BI gründet starken Kreisverband NEA

Die Bürgerinitiative „Etz langt´s!“ (BI) zeigt sich beunruhigt über den mangelnden Nachdruck bei der bisherigen Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm und Abgasen der US-Militärhubschrauber vom 26.05.09. Die US-Armee hat in den letzten Wochen durch stures Festhalten an Nachtflügen und Tiefflügen über Wohngebieten fast täglich bewiesen, dass sie die Lebensqualität und die Gesundheit der Bevölkerung in Westmittelfranken nicht interessiert.

Daher müssen alle Ebenen in Politik und Verwaltung verstärkt für die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses und für klare gesetzliche Grenzen der Kriegsübungen der US-Armee einstehen. Dabei ist die Installation von Schallschutzfenstern, wie sie Josef Göppel (CSU) fordert, wenig hilfreich. So werde „nur der US-Fluglärm auf Kosten der Steuerzahler geschützt“. Die Menschen wollen aber auch bei offenem Fenster schlafen und ihren Feierabend im Garten genießen können, was vielerorts nicht mehr möglich ist, wie die Beschwerdewelle aus Ansbach und den umliegenden Gemeinden in alarmierender Weise unterstreicht.

„Die lärmgeplagten Bürger brauchen keine wahltaktischen Ablenkungsmanöver, sondern ein Nachtflugverbot für die US-Basis Katterbach und ein Überflugsverbot für alle Wohngebiete, wie es der Stadtratsbeschluss fordert“, erklärt der BI-Vorstand. Gerade MdB Göppel ist hier in der Pflicht, auch außerhalb des Wahlkampfes, Druck auf das Verteidigungsministerium auszuüben, entsprechende Verordnungen zu erlassen bzw. zu ändern.

Zumindest aber scheint Göppel den Ernst des Problems begriffen zu haben – im Gegensatz zu seinem Parteifreund MdL Breitschwert, der in Briefen an lärmgeschädigte Bürger die Initiativen, die sich für die Bekämpfung der Belastungen für die Bevölkerung durch die US-Militärbasis einsetzen, verunglimpft und gleichzeitig seine politische Ohnmacht einsteht: Er könne ja doch nichts machen. „Breitschwert hat nichts dazu gelernt“, wertete die BI und betonte gleichzeitig den Willen zur Zusammenarbeit mit den fortschrittlicheren Kreisen der CSU.

Auch die Stadt Ansbach muss mehr für die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses tun. Es ist völlig unverständlich, wenn übergeordnete Behörden erst sechs Wochen nach dem Beschluss informiert werden. Wenn die Verwaltung hiermit überlastet sei, ist es möglich, aus der Mitte des Stadtrates Personen für die schnelle Umsetzung und die Entlastung der Bevölkerung zu mandatieren.

Bei den Lärmmessungen der BI sind die gesetzlichen Grenzwerte durch die US-Hubschrauber in den östlichen Ansbacher Stadtteilen, in Burgoberbach, Petersaurach, Weihenzell und Sachsen deutlich und permanent überschritten worden. Die Messungen werden derzeit weiter fortgesetzt.

Starker Kreisverband der Bürgerinitiative „Etz langt´s!“ in Bad Windsheim gegründet

Die Belastungen der Bevölkerung durch Lärm, Abgase und Umweltverschmutzung der US-Hubschrauberflotte ist am Standort Illesheim (Landkreis NEA) ähnlich gravierend wie im Raum Ansbach.

Am Freitag, 17.,07., wurde in Bad Windsheim ein neuer Kreisverband von „Etz langt´s!“ für den Landkreis Neustadt/A.-Bad Windsheim gegründet, nachdem binnen weniger Tage über 40 Personen der BI beigetreten waren, deren Mitgliederzahl sich in Folge auf insgesamt rund 175 erhöhte.

Im Rahmen der konstituierenden Versammlung wurde ein vierköpfiger Sprecherrat gewählt und erste Aktionen diskutiert. So will man die Bevölkerung im Landkreis NEA breit informieren und eine Unterschriftenkampagne gegen den Hubschrauberlärm starten. Besonders auf die politischen Vertreter soll im Vorfeld der Bundestagswahl Druck ausgeübt werden. Insbesondere Verteidigungsstaatssekretär Christian Schmidt aus Obernzenn wolle man dazu bewegen, sich für ein Nachtflugverbot für die US-Basis Illesheim und für ein Überflugverbot von bebautem Gebiet einzusetzen.

Darüber hinaus wollen die bei der Versammlung anwesenden Bad Windsheimer Stadträte erreichen, in einer aktuellen Stunde im Stadtrat die Lärmproblematik gemeinsam mit Vertretern der BI zu erläutern.

Gez.

Boris-André Meyer, Pressesprecher